

Dabei handelt es sich um Länder, die in anderen EU-Staaten bereits als sichere Herkunftsländer eingestuft worden sind.

(Christine Kamm (GRÜNE): Nigeria!)

Dazu zählt kein Land, das wir freischöpferisch erfunden hätten. Wir haben uns angesehen, was andere EU-Länder machen. Die Benennung der Länder deckt sich mit der bisherigen Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Länder sind nicht nur als sicher eingestuft, sondern deren Wahl ist auch durch die Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bestätigt worden. Das Bundesamt bestätigt: Ja, aus diesen Ländern kommen in der Regel ganz überwiegend Menschen, die keinen Anspruch auf Schutz haben.

Man kann sich fragen: Warum kommt kein anderes Bundesland auf diese Idee? Warum kommt die Bundesregierung nicht auf die Idee, das auf den Weg zu bringen?

(Natascha Kohnen (SPD): Weil wir Soldaten hinschicken!)

In der Tat müssen wir das auf den Weg bringen. Ich freue mich, dass wenigstens hinsichtlich der drei Länder Algerien, Tunesien und Marokko in Berlin Konsens herrscht. Berlin sagt: Ja, diese drei Länder sollen jetzt möglichst schnell als sichere Herkunftsländer eingestuft werden.

Ich hoffe, dass sich nicht wieder bei irgendwem Bedenken ergeben. Das sollte im Bundestag und im Bundesrat möglichst schnell durchgezogen werden. Ich hoffe sehr, dass sich keine Sperrmehrheit durch das Treiben der GRÜNEN im Bundesrat ergibt. Letztendlich ist die Benennung der Länder Tunesien, Algerien und Marokko eine Konsequenz aus den Gehehnissen in der Silvesternacht in Köln.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Von allen möglichen klugen Leuten wird erklärt: Solche Leute müssen wir schneller wieder außer Landes bringen. Am besten ist es, wenn diejenigen, die aus solchen Ländern kommen, in die Schnellentscheidungscentren in Manching und Bamberg gebracht werden. Solche Centren sollten auch in anderen Bundesländern eingerichtet werden. Inzwischen schaffen wir es in Manching und Bamberg, die Menschen innerhalb eines Zeitraums von durchschnittlich 35 Tagen in ihre Heimat zurückzuschicken. Dann brauchen wir uns mit weiteren Straftaten solcher Leute in unserem Land gar nicht mehr aufzuhalten. Das ist der schnellste und beste Weg.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Julia Klöckner hat vor zehn Tagen ein Papier veröffentlicht, in dem es heißt: Künftig muss die Aufnahmefähigkeit der Länder und Kommunen die Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland bestimmen, nicht die Zahl der Flüchtlinge, die an der Grenze stehen. - Daran wird deutlich, dass wir uns an der Aufnahmefähigkeit unseres Landes orientieren müssen. Wir tun niemandem auf der Welt einen Gefallen, wenn wir die Aufnahmefähigkeit unseres Landes überstrapazieren. Damit belasten wir sowohl die Menschen im eigenen Land als auch die Menschen, die in unser Land kommen, da sie nicht vernünftig integriert werden können. Damit tun wir ihnen auch keinen Gefallen. Das sagt einem der gesunde Menschenverstand.

Das wollen wir durchsetzen. Wir haben eine konkrete Zahl für Obergrenzen benannt. Es ist sehr wichtig, das umzusetzen und dafür zu sorgen, dass in diesem Jahr nicht mehr Menschen, als dieses Land verträgt, in dieses Land kommen. Andere Länder können ihren Beitrag leisten. Wir wollen hinsichtlich der Entwicklungen in Afrika und Asien unseren Beitrag leisten. Wir wollen unser Land jedoch nicht über das hinaus belasten, was menschenmöglich ist. Dazu stehen wir. Das werden wir, so schnell es irgendwie geht, auch konsequent umsetzen. Ich bedanke mich für die Unterstützung der CSU-Landtagsfraktion bei diesem klaren Weg der Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Nachdem die Redezeit der Staatsregierung von zehn Minuten um eineinhalb Minuten überschritten worden ist, bittet die Fraktion der FREIEN WÄHLER, von § 66 Absatz 2 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag Gebrauch zu machen. Damit haben die FREIEN WÄHLER noch einmal fünf Minuten Redezeit. Übrigens steht dieses Recht jeder anderen Fraktion ebenfalls zu. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Angelika Weikert (SPD): Muss das sein?)

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir uns diese Debatte seit einer Stunde angehört haben, haben wir uns veranlasst gesehen, uns noch einmal zu Wort zu melden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie führen uns Szenen einer zerrütteten Ehe zu dritt vor. Diese Bundesregierung, diese Koalition ist aufgerufen, dieses wichtige Problem gemeinsam zu lösen. Sie tun nichts anderes, als sich eine Dreiviertelstunde gegen-